

Antrag

der Abgeordneten Katherina Reiche, Volker Rühle, Dr. Friedbert Pflüger, Karl Lamers, Hartmut Koschyk, Dr. Andreas Schockenhoff, Hans-Dirk Bierling, Clemens Schwalbe und der Fraktion der CDU/CSU

Für eine zukunftsgerichtete deutsch-polnische Freundschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Politik der Regierung Schröder gegenüber Polen ist von Ideen- und Konzeptionslosigkeit geprägt. Jüngstes Beispiel dafür war das Regierungstreffen in Gnesen im April dieses Jahres, von dem erneut keinerlei Impulse für eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit ausgingen. Damit das in den Jahren zwischen 1991 und 1998 von der Regierung Kohl gegenüber Polen aufgebaute Vertrauenskapital nicht weiter schwindet, muss die Partnerschaft auf die gemeinsame Bewältigung von Zukunftsaufgaben ausgerichtet werden.

Die endgültige Überwindung der in Jalta beschlossenen Teilung Europas durch die Erweiterung der Europäischen Union um Polen und die anderen Beitrittskandidaten, mit denen zurzeit Verhandlungen geführt werden, darf nicht verzögert werden. Die EU-Osterweiterung ist ein gemeinsames Projekt, aus dem Deutschland wie Polen großen Nutzen ziehen, obwohl sie gleichzeitig auch erhebliche Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Die großartigen Chancen und Vorteile der Erweiterung überwiegen deutlich die damit einhergehenden Herausforderungen und Belastungen. Schon jetzt profitiert Deutschland von dem bevorstehenden Beitritt Polens politisch und wirtschaftlich. Die im Zuge des polnischen EU-Beitritts zu erwartende Zuwanderung von Arbeitskräften wird durch Übergangsregelungen und durch die Förderung der grenznahen Regionen bewältigt werden können. Am Ende der wirtschaftlichen Integration Polens in die EU werden mehr Sicherheit, Wohlstand und Lebensqualität für die Menschen in Deutschland und Polen stehen.

Deutschland will mit Polen eine ebenso enge Freundschaft wie mit Frankreich eingehen. Wenn drei zentrale Nationen im Herzen Europas gemeinsame Ziele verfolgen, so wird dies Europa insgesamt stabilisieren. Dafür müssen von der Bundesregierung neue Impulse gegeben werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zur Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen strategische Ziele für eine gemeinsame Bewältigung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben festzulegen,
2. Polen bei seinen Vorbereitungen auf seine EU-Mitgliedschaft nachdrücklich zu unterstützen. Um die Bereitschaft in Polen zur umfassenden Anpassung an den EU-Besitzstand aufrecht zu erhalten, sollte es eine konkrete Beitrittsperspektive bekommen,

3. endlich eine breite Argumentationskampagne zu starten, um der Bevölkerung die Chancen und Vorteile der Osterweiterung deutlich zu machen und vor allem den Menschen in den Grenzregionen Antworten zu geben, wie sie konkret die Auswirkungen der zu erwartenden Zuwanderung von Arbeitskräften bewältigen will,
4. im Hinblick auf den baldigen Beitritt Polens umgehend einen intensiven Dialog über die künftige Gestalt der Europäischen Union und die Finalität der Integration zu beginnen, wozu insbesondere auch eine stärkere Einbeziehung in Fragen der künftigen Entwicklung der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehören muss,
5. im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ auch solche Themen zu erörtern, die über die Fragen der EU-Mitgliedschaft Polens hinaus gehen, und dabei gemeinsame Positionen und Interessen zu definieren,
6. zur Stärkung der inneren Sicherheit über die Verbesserung der Grenzkontrollen und -übergänge hinaus der polnischen Polizei bei der Weiterbildung und materiellen Ausstattung zu helfen. Auch die Einrichtung eines gemeinsamen Lagezentrums zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität ist notwendig, wie sie von Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm vorgeschlagen wurde,
7. in Polen ein Institut für Deutschlandstudien nach dem Modell des Instituts für German Studies in Birmingham zu errichten, dessen Hauptaufgabe die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die stärkere Verankerung deutschlandpolitischer Expertise in der öffentlichen Debatte Polens sein muss,
8. eine „Stipendien-Initiative Polen“ ins Leben zu rufen, die neben der Vergabe staatlicher Stipendien die Vergabe von Stipendien durch Stiftungen und Privatunternehmer bündeln soll, damit dem großen Interesse an der deutschen Sprache und Kultur besser Rechnung getragen werden kann,
9. die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit gemeinsam die Chancen, die sich aus den Zukunftsbranchen ergeben, besser genutzt werden,
10. in die Ausgestaltung der deutsch-polnischen Nachbarschaftsbeziehungen die deutschen Heimatvertriebenen und die deutsche Minderheit in Polen als wichtige Brückenelemente stärker einzubeziehen,
11. auch die in Deutschland lebenden Polen und Bürger polnischer Abstammung an den vielfältigen Projekten deutsch-polnischer Zusammenarbeit zu beteiligen.

Der Deutsche Bundestag spricht sich darüber hinaus dafür aus, zur besseren Vernetzung der Führungsebenen das deutsch-polnische Forum zu reformieren und wieder zu beleben.

Der Deutsche Bundestag ist des Weiteren der Auffassung, dass in den Grenzregionen noch mehr zur Vertiefung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und Verständigung getan werden sollte, beispielsweise durch die Förderung der Möglichkeiten, die polnische Sprache zu erlernen, was auch im Hinblick auf den polnischen Markt einen Standortvorteil bedeuten würde, durch den Ausbau der Zusammenarbeit polnischer und deutscher Lehrer, durch die Entwicklung von Strategien zur wirtschaftlichen Vorbereitung auf den Beitritt Polens oder zur Förderung des Tourismus.

Berlin, den 26. September 2000

Katherina Reiche
Volker Rühle
Dr. Friedbert Pflüger
Karl Lamers
Hartmut Koschyk

Dr. Andreas Schockenhoff
Hans-Dirk Bierling
Clemens Schwalbe
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion